

Zahnärzte bekräftigen Forderungen

Gemeinsamer Neujahrsempfang von BZÄK und KZBV in Berlin

Ihre Premiere auf Bundesebene feierten die neuen Präsidenten der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Dr. Dr. Frank Wohl und Dr. Barbara Mattner, beim Neujahrsempfang der Zahnärzteschaft in Berlin. Ebenfalls zu den Gästen gehörten der neue Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Rüdiger Schott, und dessen Vorstandskollege Dr. Jens Kober. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die Ende Januar in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft stattfand, standen der Fachkräftemangel, die Wiedereinführung von Budgets durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz und das weiterhin ungebremsste Wachstum von investorengeführten Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ).



Gäste aus der Bundespolitik begrüßten die Verantwortlichen von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung beim gemeinsamen Neujahrsempfang in Berlin. Bild oben (v.l.): Konstantin von Laffert (Vizepräsident der BZÄK), Dr. Romy Ermler (Vizepräsidentin der BZÄK), Sepp Müller (stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Christoph Benz (Präsident der BZÄK) und Dr. Wolfgang Eber (Vorsitzender des Vorstandes der KZBV). Bild unten (v.l.): Konstantin von Laffert, Dr. Romy Ermler, Prof. Dr. Christoph Benz, Dr. Kirsten Kappert-Gonthor (Bündnis 90/Die Grünen, stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses) und Dr. Wolfgang Eber.



Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Christoph Benz, hob in seiner Eröffnungsansprache hervor, dass die Verteilung der Zahnärzte auch im ländlichen Raum eine bleibende Herausforderung sei. Die inhabergeführte Einzelpraxis sei dabei der Goldstandard, profitorientierte Investoren brauche es dafür nicht.

Auf Unterstützung der Politik angewiesen

In seiner Rede ging Benz außerdem auf das Thema Fachkräftemangel ein. Aktuell könne die Nachfrage nach Zahnmedizinischen Fachangestellten und Auszubildenden nicht gedeckt werden. Zudem stünden Zahnarztpraxen mit großen Unternehmen und dem Öffentlichen Dienst in Personalkonkurrenz. Durch rasant steigende Energie- und Materialkosten bei gleichzeitiger Budgetierung von zahnärztlichen Leistungen seien die Praxen in puncto Lohnentwicklung nur bedingt konkurrenzfähig. Ohne die Hilfe der Politik werde der Fachkräftebedarf in Deutschland angesichts der demografischen Entwicklung nicht zu decken sein, so Benz weiter.

Daneben beleuchtete der Präsident der Bundesorganisation die Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Hier sei die Transformation zu einem ressourcenschonenden und umweltbewussten Arbeiten das Gebot der Stunde, bekräftigte er.

Korrekturen am GKV-Finanzstabilisierungsgesetz

Klare Worte fand der Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bun-

desvereinigung, Dr. Wolfgang Eßer. Anstatt die unbestrittenen zahnmedizinischen Erfolge bei der Bekämpfung von Mund-erkrankungen wie Karies und Parodontitis zu honorieren, habe die Ampel-Koalition den Zahnärztinnen und Zahnärzten mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz eine strenge Beschneidung ihres Honorarwachstums und die Wiedereinführung der strikten Budgetierung auferlegt. Mit diesen Maßnahmen werde zugleich die gerade erst in den GKV-Leistungskatalog aufgenommene PAR-Behandlung, laut Eßer „ein Meilenstein für die Mund- und Allgemeingesundheit“, zur Disposition gestellt. Der Verantwortliche der KZBV appellierte an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, „diese versorgungspolitische Fehlentscheidung im angekündigten Folgegesetz zu korrigieren und schnellstmöglich auch die strikte Budgetierung wieder rückgängig zu machen“. Zudem brauche das Gesundheitssystem dringend eine räumlich-fachliche Gründungsbeschränkung für Krankenhäuser und ein Transparenzregister für MVZ, wenn es auch in Zukunft gemeinwohlorientiert und freiberuflich geprägt bleiben soll. „Nur so kann das bislang ungehinderte Wachstum investorengeführter MVZ endlich effektiv begrenzt werden“, betonte Eßer.

Plädoyer für Masterplan Medizinstudium

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sepp Müller, dankte dem Berufsstand und den



Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft bildete die Kulisse für den Neujahrsempfang der Zahnärzteschaft.

Zahnmedizinischen Fachangestellten für den engagierten Einsatz in der Pandemie. Zudem sprach er über die Überalterung der Zahnärzteschaft im ländlichen Raum und damit einhergehenden zukünftigen Versorgungsproblemen. Dieses Thema könnte man noch zeitgerecht angehen, wenn endlich ein Masterplan Medizinstudium käme – nicht nur für die Human- und Tiermedizin, sondern auch für die Zahnmedizin. Eine gute zahnmedizinische

Versorgung werde nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land gebraucht, zumal 70 Prozent des Bundesgebietes eher ländlich geprägt sei.

Berechtigte Forderungen der Standespolitik

Dr. Kirsten Kappert-Gonthier, Sprecherin für Gesundheitsförderung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, bezeichnete in ihrer Rede Einzelpraxen als „wichtigen Teil der medizinischen Versorgung“. Die Zahnmedizin wirke auf den ganzen Körper und die Gesamtgesundheit. Dies werde in der Öffentlichkeit und von der Politik aber viel zu wenig beachtet. Die zahnmedizinische Versorgung müsse jedoch bei den Menschen ankommen – gerade im ländlichen Raum. Die Forderungen des Berufsstandes zu iMVZ erachtete sie in diesem Zusammenhang als wichtig. Zum Thema Digitalisierung wies sie darauf hin, dass der Patient der Ausgangspunkt sei, nicht die Technik.

Redaktion



Dr. Wolfgang Eßer (l.), Vorsitzender des Vorstandes der KZBV, forderte erneut Korrekturen am GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Prof. Dr. Christoph Benz (r.), Präsident der Bundeszahnärztekammer, ging auf den Fachkräftemangel in Zahnarztpraxen ein.

